

# Motta an der Konferenz von Genua 1922

Autor(en): **Gauss, Julia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **28 (1978)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80796>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## MOTTA AN DER KONFERENZ VON GENUA 1922

Von JULIA GAUSS

Weder Sieger noch Besiegte! Unter diese Parole stellte der britische Premierminister Lloyd George die internationale Wirtschaftskonferenz in Genua in seiner Eröffnungsrede am 10. April 1922<sup>1</sup>. Der englische Politiker fühlte sich damals in einer weltweiten Rolle. Eben noch hatte er in Washington mitgewirkt, um eine neue Ordnung für die pazifisch-amerikanische Hemisphäre zu schaffen. Es war in der Tat den fünf Seemächten – USA, Grossbritannien, Japan, Frankreich und Italien – gelungen, im Dezember 1921 den territorialen Besitzstand im Stillen Ozean und in Ostasien zu regeln, und im Februar darauf, das Grössenverhältnis zwischen ihren Flotten festzusetzen. Nun lag die Frage auf der Hand, ob als Gegenstück zur maritimen Vereinbarung nicht auch ein Abkommen der Landmächte zustande komme, also eine Lösung für die ungeheuren wirtschaftlichen Nachkriegsnöte des «armen, blutenden, verwüsteten Europa<sup>2</sup>», wie Lloyd George den alten Kontinent apostrophierte. Darüber fiel der Entscheid kurz nach dem Jahresanfang 1922 in Cannes. Es wurde dort beschlossen, auf den April eine umfassende Konferenz nach Genua einzuberufen, mit dem Ziel, den europäischen Wiederaufbau einzuleiten. Wie Lloyd George ankündete, sollte sie einen gewaltigen Umfang erhalten, rechnete er doch dabei mit Vertretern von 45 Nationen und 1000 Experten, nach seiner Meinung kein übersetztes Aufgebot im Vergleich zu den 10

---

<sup>1</sup> Gazette de Lausanne, 23. Januar 1922.

<sup>2</sup> Ebenda.

Millionen Kriegstoten und 10 Millionen Kriegsinvaliden. An der Spitze sollten die Vereinigten Staaten rangieren, dann Grossbritannien samt seinen Dominions, Frankreich und Italien. Ebenso wurde abgemacht, zum erstenmal nach dem Abschluss des Weltkriegs die besiegten Länder beizuziehen, desgleichen die abseits stehende revolutionäre Sowjetrepublik und schliesslich die Gruppe der neutralen Staaten. In der Absicht, die künftige Aufbauarbeit vor Störungen zu behüten, schlug Lloyd George ausserdem einen Friedens- oder Nicht-Angriffspakt vor, eine Konvention zwischen sämtlichen mitwirkenden Nationen, ein erstes Band also, das Sieger, Besiegte und Neutrale untereinander verbinden sollte.

Von Anfang an erweckte dieser ganze Plan Bundesrat Mottas Zweifel und Besorgnis. Als leidenschaftlicher Anhänger des Völkerbunds fürchtete er für dessen Ansehen und Tätigkeit. Denn so energisch die Genfer Institution seit dem Spätherbst 1920 ihre Arbeit aufgenommen hatte, war doch ihre Autorität noch keineswegs befestigt. Auch persönlich wusste sich Motta mitbetroffen. In den ein- einhalb Jahren, seit er als eidgenössischer Vertreter beim Völkerbund delegiert war, hatte er sich mit seiner diplomatischen Geschicklichkeit und Eloquenz in den grossen Aufgabenkreis eingelebt und die Aussenpolitik der Schweiz in die neue weltoffene Richtung gelenkt. Wohin aber der Weg in Genua führe, liess sich jedenfalls nicht voraussehen. Es wirkte fast ominös, dass der englische Premier von einer «freien» Zusammenkunft redete, damit offenbar den Rahmen der Genfer Liga verschmähte und zum äusseren Zeichen auch eben nicht Genf, sondern Genua zur Konferenzstadt wählte. Überdies ging die Einladung vom Obersten Rat in Paris aus, nicht vom Völkerbundsrat, wurde auch weder an Delegierte der Liga gerichtet noch ihrem Generalsekretär offiziell mitgeteilt. Mit heftiger Kritik trat deshalb in England ein grosser Freund des Völkerbunds, Lord Grey, in einer Rede in Bristol auf und stellte die Frage, ob eigentlich die Absicht bestehe, den Völkerbund zu zerstören<sup>3</sup>. Über diese «herrliche Rede» gab der schweizerische Ge-

---

<sup>3</sup> Rede von Lord Grey in Bristol, 10. Januar 1922. Er befürchtet, die Politik von Lloyd George könnte «scrap the league». Ebenso meldet der schweizerische Gesandte Rüeegg dem Polit. Departement vertraulich, in

sandte in London Motta Bericht<sup>4</sup>, sparte auch nicht mit seinen Bedenken gegen Lloyd George, allem Anschein nach weil er wusste, dass der Bundesrat selber nicht anders denke. Auch unter andern neutralen Politikern, so den Skandinaviern, entstand eine Beunruhigung.

Nun erfuhr aber das Konferenzprogramm kurz hintereinander zwei einschneidende Rückschläge. Der erste trat ein, als die Regierung der Vereinigten Staaten, Präsident Harding, ihre Mitwirkung absagen liess. Ähnlich wie bei der Abkehr Amerikas vom Völkerbund im Frühling 1920, da sich dieser rasch zu «europäisieren» begann<sup>5</sup>, so wandelte sich jetzt der geplante Genueser Kongress wie mit einem Schlag um: aus einer Begegnung von Weltmächten wurde er zu einer europäischen Versammlung. Von den 34 Ländern, die schliesslich ihre Abordnungen nach Genua schickten, waren nur wenige aussereuropäische, nämlich die britischen Dominions im Gefolge Englands und ganz am Rande, fast nur als Beobachter, Japan. Man konnte also sagen, dass die Konferenzmitglieder ihre Sache in eigenen Händen hielten.

Den zweiten Schlag führte Frankreich unter dem eben zur Macht gelangten Regierungschef Poincaré<sup>6</sup>. Dieser war äusserst entschlossen, die Verhältnisse des Nachkriegs-Europa nach französischer Auffassung zu dirigieren, sowohl die Durchführung der Versailler Friedensbestimmungen wie die Allianzen mit den sogenannten Nachfolgestaaten im Osten, und war auf keinen Fall bereit, an England Einfluss abzugeben. Mit aller Schärfe nahm er zunächst in der Presse Stellung gegen seinen britischen Kollegen und verwarf dessen Nichtangriffspakt: «Ce ne sont que des mots, du vent et c'est tout<sup>7</sup>.» Darauf, bei einer Auseinandersetzung mit Lloyd George in

---

Cannes sei vorgesehen worden, dass der Völkerbund die Konferenz einberufe, wogegen Lloyd George ein «genre absolument nouveau» anstrebe, 30. Januar 1922, Bu Ar. Bestand 2001 (B) 8 (B 56.41.7.9.).

<sup>4</sup> Paravicini an Motta, 12. Januar 1922, Bu Ar., ebenda.

<sup>5</sup> Vgl. W. RAPPARD, *Uniting Europe*. New Haven, 1930, S. 188 «The League of Nations has increasingly become a league of European Nations». S. 194 «Process of Europeanisation».

<sup>6</sup> Vgl. LLOYD GEORGE, *Is it really peace?* Übersetzt von Reichsminister Simons, Leipzig, 1924. S. 4 als drittes Friedenshindernis bewertet.

<sup>7</sup> Poincaré in *Revue des Deux Mondes*, 15. Januar 1922.



Boulogne, setzte er durch, dass alles aus den Traktanden ausgeschieden wurde, was die Friedensverträge von 1919 betraf und speziell, was sich auf die Reparationen bezog. Das aber bedeutete, dass jede Aussicht entschwand, Deutschland entgegenzukommen, etwa im Sinne des Völkerbundsartikels 19, der voraussah, unanwendbare Vertragsbestimmungen könnten modifiziert werden. Erst recht hiess dies aber auch, dass gerade das drückendste Nachkriegsproblem, die Reparationsfrage, keine Lösung erfahren sollte –, ohne Amerika natürlich auch kaum zu denken. So musste man in dem Unheil steckenbleiben, dass die meisten europäischen Wirtschaftsmächte im grossen Kreislauf der Verschuldung zugleich als Schuldner und als Gläubiger dastanden, und dass sie, wie Rathenau in jenen Tagen hervorhob<sup>8</sup>, «in ihrer Eigenschaft als Gläubiger nicht wussten, wieviel sie von ihren Guthaben erhalten würden, in ihrer Eigenschaft als Schuldner nicht, wieviel sie zahlen konnten und mussten». Zur Beratung blieben, im wirtschaftlichen Bereich, Probleme des Geldumlaufs, der Währungen und der Marktregulierung. Viele waren daher schon enttäuscht vor dem Konferenzbeginn. So gestand Motta, er hege keine hohen Erwartungen, worauf er seinerseits zähle, sei allein ein guter Arbeitswille.

Das Einladungsschreiben kam dem Bundesrat im Januar durch den Schweizer Gesandten in Rom zu<sup>9</sup>. Offiziell war darin der Wunsch ausgesprochen, die Länder möchten Männer von höchstem Rang, wennmöglich den Präsidenten ihres Ministerkabinetts abordnen. Nach längerer Pause, am 10. März, gab die Landesregierung ihre Zusage und bestimmte als ihre Repräsentanten die beiden Bundesräte Giuseppe Motta für die politischen Diskussionen, Edmund Schulthess für die Wirtschaftsfragen, dazu zwei Experten, Alfred Frey, Präsident des Handels- und Industrievereins, und Leopold Dubois, Verwaltungsratspräsident des Schweizerischen Bankvereins. Während des vollen Monats, der bis zur Abreise blieb, nützte Motta seine Zeit, um sich mit Politikern anderer neutraler

---

<sup>8</sup> W. RATHENAU, *Cannes und Genua*, Berlin, 1922. S. 48: Rede vor der Vollversammlung in Genua 19. Mai 1922.

<sup>9</sup> Gesandter Wagnière aus Rom an Polit. Departement, 20. Januar 1922. Bu Ar. Bestand 2001 (B) 8 (B 56.41.7.9.). Ebenda 11. März, übersendet die Tagesordnung der Konferenz.

Staaten zu verständigen. Es kam ihm sehr zugut, dass Schweden, Norwegen, Dänemark und die Niederlande schon früher, nämlich vor dem Kriegsende, der Schweiz nähergerückt waren, im Gedankenaustausch über einen gemeinsamen Friedensentwurf<sup>10</sup>. Ebenso war es ein Vorteil für ihn, dass er zwei Jahre zuvor, Ende 1919, die bisher so kümmerlichen Beziehungen zum Norden hatte ersetzen und den diplomatischen Aussendienst ausbauen können<sup>11</sup>. Um so leichter ergab sich jetzt von neuem ein freundschaftlicher Zusammenschluss. So kam es, dass Motta unverzüglich nach Stockholm reiste, als der schwedische Ministerpräsident Branting die Regierungen der Niederlande, Spaniens und der Schweiz im März aufforderte, einen Vertrauensmann abzusenden. Er traf dort auch die Ministerkollegen von Norwegen und Dänemark, die schon mit den Schweden zusammen beraten hatten. Von dem raschen Einverständnis ermutigt, entschied sich Motta, alle zum Kongress gewählten Diplomaten dieser neutralen Staaten zu einer Vorkonferenz nach Bern einzuladen.

Vom 8. bis 10. April fanden sich die Vertreter der sechs Nationen im Ständeratssaal zu offener Aussprache<sup>12</sup>. In den ersten Sitzungen galt die Diskussion vorwiegend internationalen Währungs- und anderen Wirtschaftsfragen, in der Schlusssitzung hingegen in

---

<sup>10</sup> ROLF SOIRON, *Der Beitrag der Schweizer Aussenpolitik zum Problem der Friedensorganisation am Ende des Ersten Weltkriegs*. Diss. Basel, 1973. S. 80: Zusammenarbeit von Max Huber und Bundesrat Calonder.

<sup>11</sup> Bis Ende 1919 war in keinem skandinavischen Land eine eidgenössische Gesandtschaft eingerichtet. Mit Schweden und Norwegen bestand ein Niederlassungsvertrag aus dem Jahre 1842!, mit Dänemark ein Handelsabkommen von 1875. Erst dank Mottas Initiative beschloss der Bundesrat 1919, für die drei nordischen Staaten zusammen einen Gesandtenposten zu errichten mit Sitz in Stockholm, doch so, dass der Legat auch in Oslo und Kopenhagen fungiere – ein Beschluss, der dem populären Sparwillen entsprach. Bundesblatt 1919, Bd. V, S. 995.

<sup>12</sup> Vgl. E. BONJOUR, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. II, S. 778–781, Berner Tagung, S. 779. Auch die Frage der De-iure-Anerkennung der Sowjetunion kam prinzipiell zur Sprache; Norwegen war dafür, Schweden reserviert, Spanien dagegen. Motta betonte, dass die Genueser Beschlüsse auf keinen Fall den Völkerbund beeinträchtigen dürften, wie er dies am Tag zuvor im Nationalrat erklärt hatte. Vgl. Journal de Genève, 14. April, 2. Ausgabe, und Basler Nachrichten, 8. April 1922.

engerem Sinn den politischen Traktanden in Genua. Dabei bestärkten sie sich in ihrer strikt neutralen Haltung und verabredeten, sich auf keine Weise an Bestimmungen des Versailler Vertrags binden zu lassen, als *res inter alios actae*. Diesen Beschluss gaben sie in einem amtlichen Bulletin bekannt. Er entsprach völlig der Überzeugung Mottas, der Versailles und Genf stets auseinanderhielt und soeben im Nationalrat den Ausspruch getan hatte, der Völkerbund sei das Bollwerk der kleinen Staaten. Im ganzen freute sich der Bundesrat an der «freundlichen, ja herzlichen» Stimmung der Berner Gespräche und nahm sie für ein gutes Vorzeichen.

Am Abend des 10. April trafen die Abgesandten der Schweiz, als letzte unter den internationalen Delegationen, in Genua ein. In der Tat versammelte sich dort die politische Elite Europas<sup>13</sup>: die Premierminister von England, Italien, Schweden, der deutsche Reichskanzler, die Aussenminister von Russland, Italien, der Tschechoslowakei, Deutschland sowie Handelsminister und Botschafter. Offen blieb noch die Mitarbeit des französischen Regierungschefs Poincaré, jedoch nach einigen Tagen sagte er definitiv ab. Aus Gesundheitsgründen blieb Lord Curzon zu Hause, ebenso Lenin, dessen Ankunft immerhin noch dreimal angekündigt werden sollte. Es war also, nach dem Urteil von Motta und Schulthess, für die Schweiz nicht unangebracht, sich durch zwei Bundesräte repräsentieren zu lassen<sup>14</sup>. Italien fiel als dem Gastland sowohl die Organisation der Tagungen wie das Konferenzpräsidium zu. Zuerst übernahm dies Ministerpräsident Facta, dann stellvertretend der Aussenminister Schanzer. Eine sehr heikle Aufgabe war es für sie, die versammelten Teilnehmer auf die in Cannes festgelegten Bedingungen zu verpflichten. Diese bestanden – zur Hauptsache – in den Forderungen, dass kein Staat in andern Ländern subversive Propaganda treibe, dass jeder seine Kriegs- und Vorkriegsschulden anerkenne und für eine Hilfsaktion rechtliche Garantien gebe. Natürlich gab es Zweifel genug, ob sich Sowjetrussland diesen Konditionen unterziehe. Doch fanden die Italiener einen Ausweg. Sie verzichteten auf

---

<sup>13</sup> Zum Weiteren vgl. J. R. VON SALIS, *Weltgeschichte der neuesten Zeit*, Bd. III, S. 287 ff.

<sup>14</sup> Motta vor der Bundesversammlung am 13. Juni 1922. Basler Nachrichten, 14. Juni.

die feierliche Unterzeichnung einer entsprechenden Deklaration und begnügten sich damit, dass Facta am Ende der Eröffnungssitzung dem Plenum die Bedingungen vorlas mit der Präsumpation, alle Zuhörenden seien Zustimmende.

Am nächsten Tag, 11. April, folgten die Wahlen in die vier Kommissionen, denen das Arbeitsprogramm zugeteilt war. Bei der vorausgehenden Regelung des Wahlverfahrens kam Motta erstmals zum Zug, und zwar in einer Konfrontation mit dem Russen Tschitscherin, der für die Grossmächte eine doppelte Repräsentation verlangte. Er siegte über diesen mit seinem Antrag, den kleinen wie den grossen Ländern unterschiedslos je einen Vertreter in den Ausschüssen zu gewähren. Darauf wurde er selber in das erste wichtigste Komitee, die Politische Subkommission, gewählt, höchst ehrenvoll mit maximaler Stimmenzahl<sup>15</sup>. Zudem erhielt er einen Sitz im Transportausschuss, während Schulthess, wie vorgesehen, in die Wirtschaftskommission gelangte.

Im folgenden nun, wo wir Mottas Erfahrung und Tätigkeit während der vierzigtägigen Konferenzdauer nachgehen, können wir das Wesentliche einer ungetrübten Quelle entnehmen, nämlich seinen eigenen 14 Rapporten aus Genua an Bundespräsident Haab<sup>16</sup>. Bei der Darstellung möchten wir, statt dem chronologischen Gang zu folgen, lieber versuchen, die Einstellung Mottas zu den verschiedenen Hauptmächten – und Hauptakteuren – aufzuzeigen, um so, wie sich hoffen lässt, seinen europäischen Horizont zu zeichnen.

Es war für alle Teilnehmer leicht zu erkennen, dass der britische Premierminister Lloyd George für England die Führerrolle in Anspruch nahm. Nach dem oratorischen Vorspiel, das er im Januar gegeben hatte, traute er sich mit seiner unbekümmerten Phantasie und kriegserprobten Durchschlagskraft offenbar zu, einer ganz neuen europäischen Ära die Bahn zu brechen, und stellte dazu zwei Zielsetzungen auf: eine Verständigung mit Russland und einen

---

<sup>15</sup> Von den 24 Wählerstimmen erhielt die Schweiz 21, Polen 17, Schweden und Rumänien je 15, die Niederlande 8, Norwegen 4, die Tschechoslowakei 3. Laut Mottas Rapport vom 20. April, siehe Anm. 16.

<sup>16</sup> Die 14 Rapporte Mottas aus Genua an Bundespräsident Haab, Bu Ar. 2001 (B) 3, Bd. 70, C. 21/6, werden im folgenden zitiert nach Ordnungsnummer und Datum.

umfassenden, mehrjährigen Nicht-Angriffspakt. Motta vermerkte in den ersten Tagen summarisch, dass Lloyd George darauf ausgehe, «den Meister zu spielen». In der Tat hielt er die Unterhandlung mit der Sowjetdelegation nahezu ganz in eigener Hand, legte dieser das Gutachten der Londoner Experten vor, ein Aktenstück, das allen andern Staatsmännern bis zum Eröffnungstag in Genua unbekannt blieb, also auch Motta erst damals zu Gesicht kam. Zu allem nahm sich der Premier noch das Recht, das Londoner Gutachten nach eigener Willkür zu taxieren, zuerst als verbindlich, dann aber, als er bei den Russen auf Ablehnung stiess, als Vorschläge von inoffiziellem oder gar nur privatem Charakter. Schliesslich unterbreitete er seinen Gegenspielern insgeheim eine Denkschrift mit massiven englischen Konzessionen: einem Moratorium für die russischen Vorkriegsschulden, einer 50%igen Reduktion der Kriegsschulden, einem allenfalls totalen Erlass der Schuldzinsen und, wenigstens angedeutet, einem Kreditangebot von seiten des englischen Parlaments.

In ähnlicher Weise trat Lloyd George mit seinem Projekt eines Nichtangriffs- oder Garantiepakts auf<sup>17</sup>. So weit der Text, durch Indiskretion in der italienischen Presse publik wurde, enthielt er, in äusserst elementarer Form, bloss zwei Paragraphen: im ersten verpflichteten sich die vertragschliessenden Staaten, gegeneinander zu keinem Angriff zu schreiten, im zweiten erklärten sie sich entschlossen, jedem Angreifer solidarisch entgegenzutreten und ihn mit allen erreichbaren friedlichen Mitteln zurückzuweisen. Mit der ersten Bestimmung stiess der Textentwurf auf den Widerstand der Franzosen<sup>18</sup>. Die zweite hingegen erregte Zweifel bei den Mitgliedstaa-

---

<sup>17</sup> Wortlaut des Paktes als Beilage zum Brief des Gesandten Wagnière an das Polit. Dep., 20. Januar 1922 (vgl. Anm. 9):

§ 1. Each of the High Contracting Parties pledges itself to refrain from any act of aggression against the territorial integrity of any other of the High Contracting Parties.

§ 2. In the event of any act of aggression being committed in break of the art. 1 each of the High Contracting Parties pledges itself to make use of all means at its disposal and to resort to any organisation, which may be available for the discussion, consideration and adjustment by peaceful means of the dispute out of which the act of aggression arose.

<sup>18</sup> So offiziell Poincaré in der Revue des Deux Mondes, wie Anm. 7. Er befürchtet, dass die Deutschen aufgrund des Paktes jede militärische Sank-



ten des Völkerbundes, weil ihnen in Paragraph 16 ein weit präziserer Schutz gegen einen Angreifer garantiert war, eben ökonomische und militärische Strafmassnahmen<sup>19</sup>. Natürlich war auch Motta voller Skepsis. Er nahm wohl das hochgespielte Projekt zur Kenntnis, «*mais je doute beaucoup*». Nicht besonders vertrauenerweckend wirkte dabei, dass Lloyd George durchblicken liess, der Text stehe im Grunde noch gar nicht definitiv fest.

Dieses diplomatische Spiel des englischen Staatsmannes war aber nach fünf Tagen, am Ostersonntag, 16. April, plötzlich ausgespielt. Denn es fiel der Schlag, der wie ein Blitz über den Kongress niederging: an diesem Tag unterzeichneten die Russen und die Deutschen miteinander ein Separatabkommen in Rapallo, übrigens einfach als Bekanntmachung ihres geheimen Vorvertrags in Berlin<sup>20</sup>. Motta verzeichnete das Ereignis als «*surprise formidable*<sup>21</sup>». Und wie er weiterhin schrieb, traf er Lloyd George richtig «betroffen». Für den britischen Regierungschef kam nun eine Reihe von Tagen, wo er alle Qualitäten aufbieten musste, über die er verfügte: Elastizität und Unerschrockenheit, eine hochgesteigerte Wendigkeit, die man ebenso gut für prinzipienlosen Opportunismus wie für geniale Intuition halten konnte. Die Franzosen, ihre Abordnung, Regie-

---

tion, speziell einen allfälligen französischen Einmarsch ins Rhein- und Ruhrgebiet, als verbotenen Angriff hinstellen könnten, dass sie also versuchen würden, mit anderen Worten, den Versailler Vertrag durch den neuen Pakt zu überspielen.

<sup>19</sup> Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbunds, schickte am 1. Mai 1922 den Völkerbundsmitgliedern ein Gutachten mit dem Nachweis, dass die Artikel 10, 16–18 des Völkerbundsvertrages ihnen eine bessere Sicherung gewähren – «*really cover all possible danger*» – als der Nichtangriffspakt. Bu Ar. B. 2001 (B) 8 (B 56.41.7.9.).

<sup>20</sup> Die einschlägigen Akten in Dokumentensammlung der DDR, Bd. II, Von Brest-Litowsk bis Rapallo, 1971, S. 520: Der deutsche Standpunkt nach der Rede von Reichskanzler Wirth im Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Februar 1922. S. 524 ff.: Russischer Standpunkt nach der Instruktion durch Lenin. 1.–4. April: Separatabkommen in Berlin vereinbart, aber auf Wunsch der Deutschen nicht vor dem Beginn der Konferenz von Genua bekanntgegeben.

<sup>21</sup> Motta, 2. Rapport, 20. April. Ebenda sein Urteil «*incorrecte*» und die gemeinsame Erklärung Mottas und Brantings vor dem Präsidium, weiterarbeiten zu wollen.

rung und Presse, überschütteten ihn mit erbitterter Kritik und Verachtung, als unfähigen Prahler oder dupierten Illusionisten. Sie forderten von ihm, er müsse sogleich den Separatvertrag annullieren lassen oder die Deutschen von der Konferenz wegschicken, sonst bleibe ihnen selbst nur übrig abzureisen.

Motta sah, wie für Lloyd George jetzt alles darum ging, die Konferenz, deren Urheber er ja war, aus dem *Débacle* zu retten. Erst richtete dieser ein Ultimatum an die Deutschen, schlug Paris vor, unverzüglich den Obersten Rat der Alliierten nach Genua oder in die Nähe einzuberufen und brachte den europäischen Garantie-pakt, so gut es gehen wollte, ins Spiel. Ihm selber, dem Schweizer Bundesrat, erschien das Rapalloabkommen wie den übrigen Delegierten, in der Form zwar «unkorrekt», der Sache nach aber nicht einfach verwerflich. Wenigstens findet sich darüber kein missbilligendes Wort, weder in seinen Rapporten nach Bern noch später in seinen Ausführungen vor der Presse und der Bundesversammlung. So kam er in den damaligen Krisentagen zum Entschluss, sich nicht von der Konferenzarbeit zurückzuziehen. Er entschied sich so im Rahmen einer Zusammenkunft der Neutralen und begab sich anschliessend in deren Auftrag zusammen mit dem Schweden Branting zum Konferenzpräsidenten Schanzer, um seine weiteren Dienste anzubieten, also um in indirekter Weise Lloyd Georges Bestreben zu unterstützen.

Doch auch dem Premier lag offenbar daran, sich der Meinungen der Neutralen zu versichern. So zog er Motta als den Mann seines Vertrauens einige Male in ein persönliches Gespräch<sup>22</sup>. Was er am 20. April zu hören bekam, waren Überlegungen einer klaren, baren Realpolitik. Lloyd George sagte ihm rund heraus, die Übereinkunft zwischen Russland und Deutschland, die die Kräfte dieser beiden grossen Länder miteinander vereinige, begründe eine gewaltige Macht. Geistig sei sie ein Anzeichen dafür, dass das deutsche Volk ein hohes Verständnis für die Zeitlage besitze, politisch wirke der deutsch-russische Block als ein gefährlicher Druck auf Polen, wirtschaftlich schaffe er eine starke Grundlage für einen deutschen und russischen Wiederaufbau. Daher gebe es jetzt nur das eine Ziel:

---

<sup>22</sup> Motta, 4. Rapport, 27. April.



sich unbedingt mit den Russen zu arrangieren, denn ein Bruch wäre ein Verhängnis für Europa. Nicht ganz dieselben Worte, aber dieselben Ansichten sprach übrigens Lloyd George nochmals am gleichen Abend aus bei einem Diner, das ihm die englisch-amerikanische Presse offerierte. Zugleich bekam Motta dabei diskreten Einblick in die neuen englischen Vorschläge an die Sowjetdelegation, jene Konzessionen, die das Experten-Gutachten ersetzen sollten. Denn da Deutschland im Rapallo-Vertrag soeben auf alle seine alten Schuldforderungen verzichtete, hielt es der Premierminister für richtig, sich ebenfalls generös zu zeigen und finanzielle Opfer zu bringen<sup>23</sup>.

Ein weiteres Mal ergab sich eine private Unterredung, als Lloyd George der französisch-belgische Entwurf zum gemeinsamen Memorandum an die Russen zu Gesicht kam. Dieser wich deutlich von dem schon bereitgestellten englischen Text ab, erstens mit seinem sehr unbestimmten Kreditangebot, zweitens mit seiner Forderung, dass die in der russischen Revolution sequestrierten auswärtigen Privatgüter alle *tel quel* als Eigentum zurückerstattet werden müssten. Lloyd George nahm Motta unversehens zur Seite – direkt aus dem Hotellift – und machte ihm seine konfidentiellen Eröffnungen<sup>24</sup>. Am liebsten, so erklärte er ihm, möchte er das englische Schriftstück unverzüglich den russischen Delegierten übergeben, ohne eine Zustimmung der Franzosen abzuwarten. Wenn nicht, so wäre es sein Wunsch, gemeinsam mit den Neutralen einen gewissen Druck auf Paris auszuüben. Nach ein paar weiteren Tagen ging er so weit, Motta vorzuschlagen, mit ihm zusammen ein Telegramm an den Quai d'Orsay zu richten. Motta erkannte wohl, dass ihm der englische Staatsmann einen leitenden Einfluss auf die Neutralen zuschreibe, aber er übernahm die ihm zuge dachte Rolle nicht. Vielmehr sagte er in der Politischen Kommission mit Freimut, ihm scheine ein Übergehen der Franzosen «*peu correcte*», und im persönlichen Gespräch nannte er einen gemeinsamen telegraphischen Schritt bei Poincaré «*infiniment délicat*<sup>25</sup>». Nachgerade spürte er

<sup>23</sup> Motta, 4. Rapport, 27. April. Gespräch in der Villa de Albertis.

<sup>24</sup> Motta, 5. Rapport, 1. Mai. Dazu «Notes sur une conversation entre M. Lloyd George et M. Motta à la villa De Albertis», ebenda.

<sup>25</sup> Motta, 6. Rapport, 4. Mai.

immer mehr, wie er selber durch dieses Vertrauensverhältnis mit Lloyd George in eine heikle Situation geriet<sup>26</sup>. Er schrieb nach Bern: «Je hésite beaucoup sur la question de savoir quel est mon devoir<sup>27</sup>.» Natürlich stand ihm die eigene Haltung ausser Zweifel. «Je me tiens sur la plus grande réserve.» Trotzdem bedeutete dies für ihn keine Passivität. «Nous abstenir? Cette situation serait peu digne<sup>28</sup>.»

Und so kam es, dass Motta im Politischen Unterausschuss dem englisch-französischen Meinungsstreit über die divergierenden Memoranden vermittelnd entgegentrat. Mit dem Kreditproblem befassten sich die beiderseitigen Präambeln. Der englische Text ging zwar nicht auf den vollen Kreditwunsch der Russen ein – ursprünglich 50 Milliarden Goldrubel! – sicherte ihnen aber eine substantielle internationale Finanzhilfe zu und spezifizierte einigermaßen die Angebote der alliierten Länder: ein Gelddarlehen durch das englische Parlament, technische Unterstützung durch französische Ingenieure, weitere Finanzbeiträge von Seiten Italiens, Belgiens und Japans im Rahmen eines internationalen Konsortiums. Die französische Präambel enthielt dagegen keinerlei greifbare Zusicherungen, erging sich nur in Bausch und Bogen über die düstere Wirtschaftslage in Russland und die Notwendigkeit einer westlichen Hilfe. Somit traten Lloyd George und Barthou einander gegenüber. Sie bekämpften sich mit wachsender Spannung und ironischer Schärfe, wobei der Engländer seinem Gegner erbittert vorwarf, Frankreich biete den Russen eigentlich nicht mehr als ein Glas voll Bierschaum. Für eine ganze Stunde entstand ein «bittersüßes» Rededuell, gewiss höchst interessant, aber doch auch, wie Motta empfand, «beinahe schmerzhaft – presque navrant<sup>29</sup>». Als sich der Sturm legte, wagte zuerst der Vertreter Polens zu bemerken, im Grunde erschienen ihm die beiden Entwürfe nicht unvereinbar. Sofort nahm Motta das Wort auf und schlug vor, die englische und

---

<sup>26</sup> Motta, 5. Rapport, 1. Mai.

<sup>27</sup> Motta, 4. Rapport, 27. April.

<sup>28</sup> Motta, 7. Rapport, 5. Mai.

<sup>29</sup> Motta, 5. Rapport, 1. Mai. Vgl. Journal de Genève, 30. April, über die Differenz der Präambeln, 1. Mai über das Konsortium. Ebenso Basler Nachrichten, 30. April und 1. Mai, gibt Memorandum im Wortlaut.

französische Präambel durch einen redaktionellen Eingriff auf einen Nenner zu bringen. Lloyd George bewog ihn, selber die Aufgabe zu übernehmen, zusammen mit vier Mitarbeitern [Delacroix (belg.), Barrère (franz.), Greame (engl.), Scialoja (ital.)], und nach eineinhalb Stunden legte das kleine Redaktionskomitee den einheitlichen Text auch schon vor. So unscheinbar dieser Schritt war, so half er doch über einen kritischen Moment weg und liess zudem hoffen, dass die umstrittenen Artikel des Memorandums ähnlich verglichen werden könnten.

Kurz darauf entstand ein Streit zwischen den Ententemächten um die Rückgabe der in Russland enteigneten Privatgüter<sup>30</sup>. Frankreich und Belgien beharrten grundsätzlich darauf, diese als vollgültiges Eigentum zurückzuverlangen, sprachen also mit anderen Worten dem Sowjetstaate das Recht ab, ausländischen Besitz zu nationalisieren, das heisst zu expropriieren. Dagegen begnügte sich England, in Artikel 6 seines Memorandums die erneute Nutznießung des früheren Besitzes zu fordern und wollte, im Fall der Unmöglichkeit, sich allenfalls mit Entschädigungen abfinden. Als Kommissionsmitglied stimmte Motta der englischen Version zu; allerdings unterzeichnete er sie nicht, wie Falschmeldungen einiger Zeitungen mitteilten. Damit aber war er im Anschluss an England schon weitergegangen, als ihm nachher, bei dem unbeirrbaren Widerstand Belgiens und Frankreichs lieb sein konnte. Was ihn im ganzen immer wieder zur Stellungnahme für England trieb, war eine starke Überzeugung: Lloyd George galt ihm, trotz aller Wendungen und Schwankungen als der entscheidende Mann für den Frieden. «*Quoiqu'on puisse penser de lui à bien des points de vue, il est aujourd'hui la plus éclatante volonté de paix qu'il y ait dans le monde*<sup>31</sup>.»

\* \* \*

Von ganz anderer Natur war Mottas Einstellung gegenüber Frankreich, weit komplizierter bis zur Zwiespältigkeit. Wie er sah, befand sich das Land seit dem Regierungsantritt von Poincaré im

---

<sup>30</sup> 6. Rapport, 4. Mai. Falschmeldung, dass Motta unterzeichnet habe vgl. Journal de Genève, 21. Mai, Artikel «La Suisse à Gênes».

<sup>31</sup> 4. Rapport, 27. April.

Umschwung von der Defensive zu einer aggressiven Selbstbehauptung. Nach dem so schwer erkämpften Sieg musste die französische Republik von Enttäuschung zu Enttäuschung schreiten. Denn beide angelsächsischen Bundesgenossen hatten sich von ihr abgekehrt, die Vereinigten Staaten, als sie den Versailler Vertrag verwarfen, England und Amerika zugleich, als sie den Antrag ablehnten, mit Frankreich einen Dreibund abzuschliessen und nochmals, als sie ihm verwehrten, das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen. Daher suchten die Franzosen im Osten nach neuen Alliierten, Polen, Tschechen, Rumänen –, aber doch nur ein schwacher Ersatz für den Westen. Begreiflich, dass die französische Politik sich um so beharrlicher auf ein einziges Ziel richtete, die Sicherheit, und als das einzige Mittel dazu, auf die rigorose Durchführung der Versailler Friedensbestimmungen. Dabei geriet auch die Schweiz im Frühjahr 1922 unter scharfen Druck: unterhalb Basel drohte die neue Regulierung der Rheinschifffahrt, in der Nähe von Genf die Liquidation der zollfreien Zonen, zwei äusserst harte Prüfungen für den Vorsteher des Politischen Departements.

Wie Motta also kaum Sympathie für die damalige Pariser Regierung aufbringen konnte, so schien ihr auch die allgemeine Stimmung in Genua wenig geneigt. Ein symptomatischer Vorfall vom ersten Konferenztag, den sich Motta notierte, bezeugte dies: als nämlich der Vertreter Frankreichs, Minister Barthou, in einer Diskussion mit dem Russen Tschitscherin mehrfach zu reden beehrte, ermahnte ihn der Konferenzpräsident zum Wortverzicht, und dieser Mahnruf wurde rundum beklatscht<sup>32</sup>!

Nach dem Tag von Rapallo setzte die französische Abordnung geradewegs die Konferenz aufs Spiel. Sie forderte, dass die Deutschen entweder von ihrem Abkommen mit den Russen sofort zurücktreten oder nach Hause fahren sollten. Sie selber bereitete sich zur Abreise vor. Motta konstatierte die masslose Bestürzung, vermerkte die aufeinanderfolgenden Sturmzeichen des Débacles: wie 17 Depeschen hintereinander aus Paris eintrafen, wie Barthou selber dorthin zitiert wurde und darauf Poincaré in Bar-le-Duc seine vehemente Drohrede an die Deutschen hielt mit der Ankündigung, die

---

<sup>32</sup> 1. Rapport, 15. April.

Armee stehe Ende Monat Mai zum Einmarsch am Rhein bereit<sup>33</sup>. Bei der Scheidung der Geister, die jetzt um die Frage ging, ob die Konferenz fortbestehen oder tot sein solle, schien die Entente cordiale unterzugehen. Trotz aller Spannung versagte es sich Motta, einen versöhnenden Schritt zu unternehmen. Denn, so schrieb er dem Bundespräsidenten, er möchte nicht gern Gefahr laufen, «die Finger zwischen Holz und Rinde zu stecken<sup>34</sup>».

So blieben ihm schliesslich nur bescheidenste Mittel, um den Gegensatz zwischen den zerstrittenen Alliierten zu mildern. Da die Franzosen in ihrer Erbitterung und Verzweiflung besondere Rücksicht brauchten, bemühte er sich für sie um das Entgegenkommen der Engländer; das eine Mal damit, dass er Lloyd George davor warnte, sie im Russengeschäft zu übergehen, das andere Mal, indem er ausdrücklich billigte, dass Barthou seine Unterschrift mit Vorbehalt unter das Memorandum setze und die Bestätigung dem Pariser Kabinett überlasse<sup>35</sup>. Ebenso überlegte er bei der Beratung über die Restitution der enteigneten Güter, ob er sich nicht nachträglich noch auf die Seite der Franzosen und Belgier schlagen wolle. Dann aber entschied er sich dazu, die Antwort der Russen abzuwarten, und hoffte, falls sie eine Zusage sei, könnten Paris und Brüssel auf die gemeinsame Linie einschwenken. Es war Motta gewiss wertvoll zu erfahren, dass ein aussenpolitisch höchst versierter Schweizer in dieser Sache nicht anders dachte als er – nämlich Albert Oeri, der in Genua weilende Chefredaktor der Basler Nachrichten, der ihn zu einem Meinungsaustausch aufsuchte<sup>36</sup>.

---

<sup>33</sup> 3. Rapport, 24. April und 4. Rapport, 27. April. Vgl. LLOYD GEORGE, *Is it really Peace?* Übersetzt von Reichsminister Simons. Leipzig, 1924. S. 11: «Barthou gefesselt, über 800 Mitteilungen aus Paris ... Schlinge um den Hals.»

<sup>34</sup> 3. Rapport, 24. April. Wie bekannt unterwarfen sich die Deutschen der englischen Forderung, sie sollten sofort aus der Politischen Kommission austreten.

<sup>35</sup> 6. Rapport, 4. Mai. Auf belgischen Rat erhielt das alliierte Memorandum den Zusatz, Frankreich behalte sich eine abweichende Meinung vor. Mottas Wunsch nach «voller Korrektheit» betont das Journal de Genève, 4. Mai.

<sup>36</sup> 9. Rapport, 8. Mai. Oeri wohnte der Genueser Konferenz von Anfang an bei.



Nach der Absage der Russen – die ihm aus einem Dilemma heraushalf – bekannte Motta in seiner letzten Rede vor dem Politischen Komitee ganz unverhohlen, es hätte ihn eigentlichen Schmerz gekostet, wenn er sich mit Frankreich hätte entzweien müssen. «Il m'aurait été désagréable et même douloureux d'être obligé de ne pas me solidariser avec la France et la Belgique<sup>37</sup>.» Wenn Barthou sich jetzt weigere, im Namen Frankreichs den Russen zu antworten, so achte er diesen Entscheid – «je m'incline». Das allein Wesentliche sei, dass die westliche Solidarität intakt bleibe. «Il me paraît indispensable de maintenir le front unique de l'Europe vis-à-vis du gouvernement russe. Si ce front se brisait, une politique se dégagerait immédiatement, celle des traités séparés.» So aber, dank einem erneuten Zusammenschluss, lasse sich das begonnene Werk weiterführen, wenn auch nicht länger in Genua, so doch anderswo. Und um diese Einigung ein weiteres Mal zu fördern, vermittelte Motta zum Schluss zwischen den divergierenden Anträgen von Barthou und Lloyd George für die in Aussicht genommene Experten-Zusammenkunft im Haag. Der Gegensatz schien schroff genug. Während der englische Premier nach dem Wunsch der Russen einen westöstlich gemischten Ausschuss vorschlug, lehnte es der französische Minister ab, überhaupt je wieder mit Russen zusammensitzen. Motta suchte und fand einen Mittelweg. Er redete zwei Simultan-Kommissionen das Wort, einer alliierten und einer russischen<sup>38</sup>. In diesem Sinn kam denn auch ein gemeinsamer Beschluss zustande.

\* \* \*

Den Politikern Italiens fühlte sich Motta sehr nahe verbunden. Schon allein die angestammte Sprachgemeinschaft und Nachbarschaft taten das ihrige. Dazu kam die offenherzige italienische Gastfreundschaft, die er ungemein schätzte und vor Presse und Bundesversammlung zu rühmen wusste. Besonders aber standen sie auch Seite an Seite dank ihrer verwandten politischen Zielsetzung. Die italienischen Diplomaten, als verantwortliche Organisatoren der

---

<sup>37</sup> Mottas Rede im Wortlaut, Journal de Genève, 16. Mai.

<sup>38</sup> 14. Rapport, 18. Mai.

Konferenz, bemühten sich ebenso als verantwortliche Vermittler. Wie Motta lag ihnen daran, vor allem dem Ministerpräsidenten Facta und dem Aussenminister Schanzer, die Wortführer der entzweiten Delegationen zu beschwichtigen, und wenn sich auch nicht geradezu von einem Zusammenspiel reden lässt, so doch von einem bewussten Einverständnis. Dabei gelangen Motta die versöhnlichen Interventionen kaum weniger, besonders weil er es mit seinem herzhaften Temperament gelegentlich wagte, an das Lachen der Anwesenden zu appellieren, so mit bestem Erfolg, als er nach dem fulminanten Streitgespräch zwischen Lloyd George und Barthou das Wort ergriff und erklärte, er wüsste nicht, wenn er zu wählen hätte, welchem von beiden er die Rednerpalme geben müsste<sup>39</sup>.

Bis zu einem gewissen Grad war es auch ein gemeinsames Anliegen Mottas und der Italiener, eine Brücke zur russischen Delegation zu schlagen. Das italienische Vorgehen war allerdings weit zielgerechter und endete am 24. Mai in der Unterzeichnung eines Handelsvertrags mit der Sowjetunion<sup>40</sup>. Motta hingegen argumentierte nüchtern resigniert, man käme schliesslich nie darum herum, mit der Gegenpartei Kontakt aufzunehmen<sup>41</sup>. Alles in allem bekräftigte sich das gute, ja freundschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und Italien. Dies brachte Motta nach seiner Heimkehr in der Dankadresse des Bundesrats an die italienische Regierung denn auch zu klangvollem Ausdruck<sup>42</sup>.

\* \* \*

Wie für die meisten Abgesandten bedeutete die Genueser Tagung für Motta erstmals eine offizielle Begegnung mit Repräsentanten der Sowjetrepublik, fünf Jahre nach dem Sturz des Zarenreichs, viereinhalb nach der Errichtung des kommunistischen Rätestaats. Über den furchtbaren wirtschaftlichen Zustand des Landes nach der Revolution und den dreijährigen Interventionskriegen gab

---

<sup>39</sup> 5. Rapport, 1. Mai.

<sup>40</sup> Vgl. Basler Nachrichten, 26. Mai.

<sup>41</sup> Schlussrede Mottas vom 14. Mai wie Anm. 37.

<sup>42</sup> Dankadresse an Facta vom 21. Mai. Basler Nachrichten, 22. Mai «ein grosser Schritt nach vorwärts».



es keine Zweifel. Im Winter 1921 und Frühjahr 1922 steigerten sich die Notschreie aus den Hungergebieten, und trotz der Rotkreuzhilfe setzte ein Massensterben ein. Die Russen konnten also nur als Bittsteller erscheinen. Jedenfalls war und blieb dies Mottas Ansicht. So sagte er an einem der letzten Konferenztage<sup>43</sup>: «Nicht wir strecken die Hände nach den Russen aus, es ist Russland, das sich an Europa wendet, mit der Bitte, ihm beim Wiederaufbau zu helfen.» Die politischen Verhältnisse im Sowjetstaat schienen ihm dagegen undurchsichtig. Er legte Haab seine ungelösten Fragen vor. Hatten die Russen eigentlich ihre sozialen Doktrinen aufgegeben? Oder hatte der Kommunismus zu einem Misserfolg geführt, weil die Revolution nicht über die Landesgrenzen vordrang? Blieb die Idee der Weltrevolution dennoch aufrecht<sup>44</sup>?

Der erste persönliche Eindruck, den ihm die Spitze der sowjetischen Abordnung – Tschitscherin, Litwinow, Krassin – machte, war nahezu verblüffend. Er fand in ihnen die Qualitäten weltmännisch geschliffener und hochgebildeter Diplomaten, sie erschienen ihm, wie er schrieb, als «hommes intelligents, cultivés, subtiles et retors<sup>45</sup>». Es beirrte Motta kaum, dass der Belgier Jaspar hart über sie absprach und meinte, er müsse sie als Ignoranten taxieren<sup>46</sup>. Um die Verständigung zu erleichtern, entschloss er sich, Professor Töndury von der Universität Genf nach Genua kommen zu lassen<sup>47</sup>. Auch später suchte er sich über die russischen Gesandten zu informieren, so bei dem Vertreter von Papst Pius XI, Monsignore Pizzardo. Dieser bestätigte ihm, er habe im Gespräch mit Tschitscherin und Worowski, dem damaligen russischen Botschafter in Rom, einen sehr vorteilhaften Eindruck empfangen, dagegen halte er die monarchistischen Emigranten für Wirrköpfe und eine Restauration der Zarenherrschaft für unwahrscheinlich<sup>48</sup>. Vor allem befasste sich Motta mit der Frage, ob die kommunistische Regierung fest im Sattel sitze oder nicht. So war es diese

---

<sup>43</sup> Schlussrede wie Anm. 37.

<sup>44</sup> 1. Rapport, 15. April.

<sup>45</sup> 1. Rapport, 15. April.

<sup>46</sup> 2. Rapport, 20. April.

<sup>47</sup> 1. Rapport, 15. April.

<sup>48</sup> 10. Rapport, 11. Mai. Pizzardo bezeichnete die Emigranten als «cohue».

Frage, die er im Laufe der Konferenz rundum den verschiedenen politischen Grossen vorlegte, dem Präsidenten Schanzer, Lloyd George, Barthou, Jaspar, Wirth, Branting und Benesch<sup>49</sup>. Jeder bestätigte ihm, die Stabilität Russlands sei von kapitaler Bedeutung.

Von Anfang an war Motta überzeugt, dass die Unterhandlungen mit den Sowjetvertretern besonders wichtig seien. Mit dem 17. April, dem Tag des Abkommens in Rapallo, zerstoben alle Zweifel und Illusionen. Russland, so sah nachgerade jedermann, trieb aktive Grossmachtpolitik. Und so schrieb Motta lapidar nach Bern: «La question russe est la seule et vraie question de la conférence<sup>50</sup>.» Man dürfe wohl sagen, es handle sich weit weniger um Wirtschaftsfragen als um die Grundlage für einen Frieden mit Russland. Solcher Einsicht entsprach es, dass man den Politischen Unterausschuss, in dem Motta sass, nunmehr fast allgemein Kommission für russische Angelegenheiten nannte.

Die eine Hauptschwierigkeit bei der Auseinandersetzung zwischen West und Ost war völkerrechtlicher Natur, die Frage der De-iure-Anerkennung oder Nichtanerkennung der Sowjetunion. Motta war durch seine Instruktion<sup>51</sup>, die erst nach seiner Heimkehr bekannt wurde, strikt angewiesen, namens der Schweiz eine Anerkennung zu verweigern, auch nicht einen gemeinsamen Schritt in dieser Sache mitzumachen. Er stand damit in der geschlossenen Front der alliierten Weststaaten und der Neutralen. Einzig Deutschland hatte die Rekognition schon vollzogen. Für die Russen bedeutete es aber schon eine grosse Enttäuschung, dass man sie zur Konferenz zuliess, ohne ihrem Staat dabei den gleichen Rang zu gewähren. Ihr Chefdelegierter Tschitscherin forderte die De-iure-Anerkennung mit aller Energie, seinerseits instruktionsgemäss. Er setzte dreimal an. Er versuchte, seine Forderung an die Kredit-

---

<sup>49</sup> 9. Rapport, 8. Mai. Lloyd George war der Ansicht, «les Russes tiennent énormément à ce que les capitaux de l'Europe occidentale aillent travailler en Russie», so laut 1. Rapport, 15. April.

<sup>50</sup> 5. Rapport, 1. Mai.

<sup>51</sup> Instruktion vom 7. April 1922. Geheim, Protokoll der Bundesrats-sitzung vom 8. April 1922, Bu Ar. 2001 (B) 3 Bd. 70. Vgl. Basler Nachrichten, 25. Mai.

geschäfte anzuknüpfen<sup>52</sup>, so nämlich, dass die Finanzdarlehen von Staat zu Staat getätigt und die Gleichstellung also implizieren sollten. Schliesslich hoffte er, wenn nicht in Genua, dann durch die Partizipation russischer Experten im Haag ans Ziel zu kommen. Immer umsonst. Im Gegenteil, das englische Gutachten, das anfänglich die Diskussionsbasis abgab, enthielt Bedingungen, die allenfalls ein Kolonialland, doch nicht ein Staat mit vollgültiger Souveränität annehmen konnte, die Zumutung, eine ausländische Finanzkontrolle zu gestatten, extritoriale Gerichte einzuräumen. Die russische Delegation erreichte es, dass dieses Dokument aus den Verhandlungen verschwand. So viel, mehr aber nicht.

Die grossen materiellen Angelegenheiten, die zur Entscheidung standen, entfielen auf drei Hauptpunkte: die Geldvorschüsse und Hilfsmassnahmen für den Wiederaufbau Russlands, die russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden an die westlichen Länder, die Rückgabe der in der bolschewistischen Revolution enteigneten Güter auswärtiger Eigentümer. An den Krediten war die Schweiz nicht direkt beteiligt. Dafür aber wusste Motta sehr gut und betonte es in einem seiner Berichte<sup>53</sup>, dass für die russischen Vertreter alles auf dem Spiele stehe, Scheitern oder Gelingen ihres Auftrags. Forderungen und Angebote standen sich in weitem Abstand gegenüber. Ursprünglich verlangten die Russen 5 Milliarden Goldrubel; die letzte Note Tschitscherins sprach von 4¼ Milliarden Franken, zahlbar in drei Jahren. Dagegen belief sich die Gesamtsumme der Schlussofferten im westlichen Memorandum auf 1¼ Milliarden. Alle Geldkredite sollten indessen nicht der kommunistischen Regierung zufließen, sondern direkt den Unternehmungen, die sich zur Aufbauarbeit bereit erklärten. Nur England schien hierin eine Ausnahme machen zu wollen. Doch bemerkte Motta, er vermöge der Sache nicht auf den Grund zu sehen bei dem «gefährlich scherzhaften Ton» von Lloyd George im Umgang mit den Russen<sup>54</sup>. Bei der Bereinigung der divergierenden Kreditangebote der Engländer und Franzosen gelang es ihm, wie schon erwähnt, sich in einer kleinen Vermittlerrolle nützlich zu erweisen.

---

<sup>52</sup> 3. Rapport, 24. April.

<sup>53</sup> 3. Rapport, 24. April.

<sup>54</sup> 3. Rapport, 24. April.

Weit komplizierter und konkreter erschien das Schuldenproblem. Zur Überraschung der Alliierten präsentierten ihnen die Russen als Antwort auf die Rückzahlungsforderungen erst einmal eine Gegenrechnung, und zwar für die im Bürgerkrieg durch die konterrevolutionären westlichen Armeen – Wrangel, Denikin – erlittenen Schäden und Zerstörungen. Sie betrug 500 Milliarden (?), so dass die Alliierten damit statt als Gläubiger auf einmal als Schuldner dastanden. Im weiteren Gang der Auseinandersetzungen machte Tschitscherin dann das Souveränitätsrecht der Revolutionsregierung geltend: sie sei durchaus kompetent, die Schulden des zaristischen Ancien Régimes nach dem Vorbild der französischen Revolution zu streichen. Schliesslich berief er sich in einer letzten Note unmittelbar auf den Beschluss des französischen Konvents vom 22. September 1792, so dass sich die Diskussion zu prinzipieller Schärfe erhob. Auf dasselbe Argument stützte er sich im Streit um die Restitution der nationalisierten Privatgüter, mit der These, die französische Revolutionsregierung habe ehemals keine Verpflichtung zu einer Rückgabe übernommen und von sich aus die Entschädigungen auf ein Drittel herabgesetzt.

Gewiss hatten auch Schweizer Verluste an ihren Gütern in Russland erlitten, von ehemals 5000 Russlandschweizern eine Gesamtsumme von 50 Millionen Franken, wie Motta berechnete<sup>55</sup>. Doch meldete er keine Forderungen an. Hingegen trat er grundsätzlich auf die Streitfrage ein. Er verwickelte sich sogar nach aussen hin in einen Zwiespalt. Denn ihm wurde nachgesagt, aufgrund eines recht dubiosen Interviews der Mailänder Zeitung *Sera*, er habe zuerst den Standpunkt der Franzosen und Belgier vertreten, das heisst die Forderung, das sequestrierte Eigentum sei als solches zurückzuerstatten, nachher sei er aber abgefallen und habe hören lassen, die beiden Staaten müssten nachgeben. Wie Motta Bundespräsident Haab beteuerte, war er nie anderer Meinung gewesen, als dass es gelte, die Nutzniessung des enteigneten Besitzes zu ver-

---

<sup>55</sup> Mottas Bericht an die Presse, 25. Mai. *Basler Nachrichten*, 25. Mai. Vgl. zu *Sera*-Interview *Journal de Genève*, 14. und 15. Mai, und *Basler Nachrichten*, 13. Mai.

langen, er habe also keineswegs eine Schwenkung von kapitalistischer zu kommunistischer Auffassung vollzogen<sup>56</sup>.

Desgleichen drohte Motta ein diplomatisches Dilemma. Es kamen ihm nämlich hinterher Bedenken, dass er dem Memorandum an die Russen, das Frankreich und Belgien nicht unterschrieben hatten, seine Stimme gegeben habe. Aus dieser Verlegenheit befreite ihn – und er war offen genug, dies selber zu gestehen<sup>57</sup> – die russische Absage vom 11. Mai. Nun bestand wieder eine geschlossene westliche Abwehrfront. Diese Tatsache konnte er drei Tage später in seiner letzten Rede in Genua begrüßen und dabei seiner Indignation über die Sowjetunion den Lauf lassen. Über die russische Antwort, so erklärte er, gebe es keine Meinungsdivergenz, sie sei der pure Ausdruck von Verblendung und Fanatismus. Auf jeden Fall berühre es eigenartig, dass man dem westlichen Europa das soziale System des Kommunismus in einem Zeitpunkt entgegenstelle, wo dieses nichts anderes vorzuweisen habe als Hungersnot und Tod<sup>58</sup>.

So scharf aber Motta den Gegensatz fühlen mochte, so unterstützte er trotzdem den Beschluss der westlichen Mächte, die un abgeschlossene Diskussion mit den Russen im nächsten Monat im Haag erneut aufzunehmen. Zu seiner Erleichterung wurde kein Vertreter der Schweiz vorgesehen, sondern ein Holländer. Sein Kommentar dazu hiess kurz und gut: «Je me félicite<sup>59</sup>.» Sonst aber setzte er sich mit unparteilicher Haltung ein. Er wies den französischen Antrag, die Russen überhaupt von der neuen Zusammenkunft auszuschliessen, als «intenable» zurück<sup>60</sup>, und setzte sich ein für den englischen Vorschlag, die Auseinandersetzungen unparteiisch durch zwei gleichberechtigte Expertenausschüsse führen zu lassen. Nochmals entstand im Konferenzsaal eine «heisse Gewitterlage». Sie klärte sich aber bald auf durch eine private Unterredung zwi-

---

<sup>56</sup> 12. Rapport, 16. Mai.

<sup>57</sup> Wie Anm. 55. Motta betonte in seinem Bericht, dass er persönlich dem Memorandum implicite beigestimmt, es aber nicht namens der Schweiz unterschrieben habe und somit dank der russischen Absage volle Aktionsfreiheit bestehe.

<sup>58</sup> Mottas Schlussrede wie Anm. 37.

<sup>59</sup> 12. Rapport, 16. Mai.

<sup>60</sup> 12. Rapport, 16. Mai.



schen Lloyd George und Barthou sowie durch eine Aussprache in der Politischen Kommission. Als deren Mitglied gab Motta sein Votum ab: ein solidarisches Vorgehen der beiden Westmächte sei unerlässlich, denn ein Bruch müsste neuen Sonderverträgen rufen<sup>61</sup>. Diese Aussage griff der anwesende Konferenzpräsident Schanzer sogleich auf und nach ihm Lloyd George. In diesem Sinn gab anschliessend das gesamte Komité seine Empfehlung für das Treffen im Haag zu Protokoll und sicherte dabei den künftig beteiligten Staaten nach Verhandlungsschluss eine Friedenspause von vier Monaten und volle Handlungsfreiheit zu<sup>62</sup>. Als dann dieser Beschluss im Plenum zustande kam und die Sowjetunion folgerichtig in den Garantiepakt aufgenommen wurde, mindestens für die Dauer von sechs Monaten, war Motta allerdings nicht gerade wohl zumute. Doch beschwichtigte er sich mit der Überlegung, dass der Vertrag ja nicht nur Russland vor allfälligen neuen Invasionen schütze, sondern ebensogut die angrenzenden Oststaaten vor russischen Übergriffen<sup>63</sup>.

Die ungelösten Spannungen sollten sich auch noch in der Schlussitzung vom 17. Mai widerspiegeln. Die Repräsentanten Frankreichs und Belgiens hielten sich abseits, sozusagen «im Winkel». Motta notierte nur kurz: «désagréable<sup>64</sup>». Um so mehr glänzte Tschitscherin. Der russische Delegationschef nahm sich in letzter Stunde sogar das Recht, vier Abänderungsanträge zur geplanten Haager Verhandlung zu stellen. Motta setzte sich ihm ruhig entgegen und verteidigte die beschlossenen Empfehlungen mit Erfolg, erleichtert durch die Gewissheit, dass er sich weiterhin mit den Russen nicht mehr zu messen habe.

Im ganzen war Mottas Wunsch, Europa wieder erstarren zu sehen, intensiv genug, dass er sich nicht widersetzte, den westöstlichen Riss heilen zu helfen.

\* \* \*

---

<sup>61</sup> 12. Rapport, 16. Mai.

<sup>62</sup> 12. Rapport, 16. Mai.

<sup>63</sup> 12. Rapport, 16. Mai.

<sup>64</sup> 14. Rapport, 18. Mai.

Ein besonderes Augenmerk hatte Motta für die deutsche Abordnung mit ihren zwei obersten Mitgliedern, Reichskanzler Wirth und Aussenminister Rathenau. Diese suchten von Anfang an, mit den Schweizern in Beziehung zu treten. Es war dafür auch seit einigen Monaten schon eine gute Voraussetzung gegeben, hatte doch der Bundesrat am 3. Dezember 1921 mit der Weimarer Regierung eine Konvention unterzeichnet, den allerersten Vertrag, bei dem Deutschland nach seiner Niederlage im Krieg auf gleichen Fuss gestellt und nicht als Besiegter behandelt worden war<sup>65</sup>. Es war ein Abkommen über die schiedsgerichtliche Beilegung von Streitfällen zwischen den beiden Ländern, übrigens das Vorbild für über 200 Schiedsverträge innerhalb und ausserhalb des Rahmens des Völkerbundes. Natürlich konnte den Deutschen auch Mottas grundsätzliche Einstellung gegenüber ihrem Land nicht unbekannt sein, sein Wunsch, den Beitritt der Weimarer Republik zum Völkerbund zu fördern.

Bei den ersten Schwierigkeiten, auf die die Deutschen stiessen, zogen sie den Schweizer Bundesrat in ihr Vertrauen. Sie beklagten sich, dass der englische Premier bisher Rathenau keine Unterredung gewähre, obschon er dreimal darum gebeten hätte<sup>66</sup>. Der vermutliche Gesprächsinhalt kam wenige Tage darauf ans Licht. Rathenau hatte sich nämlich umsonst bemüht, Lloyd George persönlich das bevorstehende deutsch-russische Separatabkommen anzuzeigen. Eine völlig veränderte Situation trat ein, als der Abschluss des deutsch-russischen Sondervertrags aus den besiegten Aussenseitern vollgültige oder gar überlegene Partner machte. Allerdings traf sie zunächst Verachtung und Verfemung. Auch das entscheidende Schreiben, die Protestnote vom 18. April von Lloyd George an den Reichskanzler, enthielt die schärfsten Vor-

---

<sup>65</sup> Von schweizerischer Seite trug Max Huber zur entscheidenden Formulierung bei und bezeichnete das Abkommen später geradewegs als Vorläufer der Locarno-Verträge. Vgl. R. Soiron, a. a. O., S. 223.

<sup>66</sup> 2. Rapport, 20. April. Schon im Dezember 1921 war Rathenau anlässlich der Londoner Konferenz vom englischen Premier zu einer eingehenden Unterredung beigezogen worden, speziell über Russland. W. Rathenau Tagebuch, ed. H. Pogge von Straedmann, Düsseldorf, 1967, S. 266 bis 270.



würfe: die Deutschen hätten die verabredeten Bedingungen von Cannes verletzt, hätten hinter dem Rücken der anderen Konferenzmitglieder gehandelt und überhaupt das Vertrauen zerstört. Aber die Alternative, die darin der deutschen Abordnung gestellt wurde, war nicht extrem: sie sollten entweder vom Vertrag mit Russland zurücktreten oder aus der Politischen Kommission ausscheiden. Natürlich wählte sie den Austritt aus dem Ausschuss, in dem Wirth also nur wenige Tage gemeinsam mit Motta gesessen hatte. So aber, als Verstossene, ohne direkte Mitwirkung und Information, wendeten sich die beiden Deutschen an die Schweizer mit der Bitte, ihnen beizustehen<sup>67</sup>. Motta ging darauf ein, indem er mit Staatssekretär von Simson Kontakt aufnahm. Besonders dankbar waren ihm Wirth und Rathenau auch für eine Abendeinladung.

Von da an blieb ihnen allein noch der Garantiepakt als politisches Traktandum. Wie es Motta schien, zeigten sie sich zuerst daran interessiert. Aber die Absicht Poincarés, dem englischen Text eine Klausel zuzufügen, die militärische Sanktionen nicht als Angriff bewerten sollte, machte das Projekt den Deutschen suspekt<sup>68</sup>, und so erging es auch Motta. Deshalb beriet er sich am 10. Mai in einer Sondersitzung in Pegli<sup>69</sup> mit den andern Neutralen. Für sie alle, die Mitglieder des Völkerbunds waren, konnte der neue Pakt eben nur einen Rückschritt bedeuten oder höchstens eine überflüssige Doublette zum Schutzartikel des Völkerbundsvertrags. Einzig für Nichtmitglieder wie Deutschland und Russland erschien er als erster Schritt zu einem Sicherheitssystem. Indessen fragte sich Motta, ob der Nichtangriffspakt diesen bei-

---

<sup>67</sup> 2. Rapport, 20. April.

<sup>68</sup> 4. Rapport, 27. April. Am 26. April war Motta mit Benesch bei den Deutschen zu Gast geladen.

<sup>69</sup> Konferenz der Neutralen in Pegli, 10. Mai. Laut Protokoll-Notizen Votum Mottas: «Il faudrait s'opposer à toute adjonction», das heisst des französischen Vorbehalts. «Si la France pouvait occuper les territoires allemands» – Einwurf des holländischen Delegierten Karnebeek: «Si l'occupation est un acte d'aggression, le casus du pacte est là.» – Motta: «Qui est-ce qui le décide, s'il y a acte d'aggression?» Entsprechend schrieb Minister Rüeegger am 18. Mai aus Genua an das Polit. Dep., dass die Konferenz der Neutralen keine Versailler Klausel gewollt habe, weil dies für sie res inter alios actae seien. Bu Ar. 2001 (B) 8 (B 56.41.7.9.).

den Staaten nicht gerade den Weg zum Völkerbund verbaue. «Je n'ai qu'une crainte, c'est qu'on crée des obstacles à l'entrée de l'Allemagne et de la Russie dans la Société des Nations.» Wohlverstanden galt diese Sorge allein Deutschland. So verwarf denn Motta in Pegli den französischen Vorbehalt zugunsten der Versailler Sanktionen sowohl in deutschem Interesse wie vom prinzipiellen Gesichtspunkt, zusammen mit seinen neutralen Kollegen wie einen Monat zuvor bei der Zusammenkunft in Bern, wiederum mit dem Argument, es handle sich um eine *res inter alios acta*. Die deutsche Delegation protestierte ihrerseits gegen die verhasste Klausel und ging, nach Mottas Angabe, so weit zu erklären, für sie bedeute der Einmarsch in das Rhein- und Ruhrgebiet, wie ihn die Pariser Regierung auf Monatsende androhe, auf jeden Fall ein offener Angriff, mehr noch, ein Friedensbruch<sup>70</sup>.

In der Schlussphase der Konferenz stellte es sich heraus, dass der Nichtangriffspakt für die Deutschen gar nicht mehr in Betracht käme. Der anfänglich so hochgespielte Vertragsentwurf erfuhr nämlich eine gründliche Änderung, eine Beschränkung auf einen auf sechs Monate befristeten europäischen Burgfrieden, und sollte in dieser Form die im Haag angesetzten Tagungen sichern. Da Deutschland von allen weiteren Unterhandlungen mit den Russen ausgeschieden blieb, wurde es konsequenterweise als einziger Staat nicht in diesen internationalen Waffenstillstand einbezogen. So brüskierend der Beschluss im ersten Moment wirken mochte, so fand sich Motta damit ab im Gedanken, es handle sich im Grunde um eine «*mesure provisoire*<sup>71</sup>». Auch erhielt er Bericht, Reichskanzler Wirth finde den Ausschluss selber begreiflich. Immerhin richteten die deutschen Vertreter ausdrücklich die Bitte an ihn, dass er versuche, die Delegierten Frankreichs milder zu stimmen<sup>72</sup>. Über die eindrucksvolle Rede Rathenaus in der abschliessenden Vollversammlung vom 19. Mai, die als Friedensappell in Worten von Petrarca ausklang, zeichnete Motta nichts auf, da er seinen letzten Rapport schon am Tage vorher abschloss.

\* \* \*

---

<sup>70</sup> 4. Rapport, 27. April.

<sup>71</sup> 12. Rapport, 16. Mai.

<sup>72</sup> 13. Rapport, 17. Mai.

Der Kreis der Neutralen umfasste sechs Staatsmänner, ausser Motta den Vertreter Schwedens Branting, Norwegens Undèn, Dänemarks Bernhöft, der Niederlande Karnebeek und Spaniens de Urrutria. Zur allgemeinen Überraschung und wohl auch zu ihrer eigenen erhielten sie bei den Wahlen in die Arbeitsausschüsse ein ansehnliches Gewicht, nämlich 12 Sitze. Unter ihnen ragte Motta besonders hervor, denn die Abstimmung für die Beteiligung an der Politischen Kommission ergab bei 24 Wählerstimmen für die Schweiz 21, für Polen 17, für Rumänien und Schweden je 15, für Spanien 12, weit geringere Zahlen für die Niederlande, Norwegen, die Tschechoslowakei und Dänemark<sup>73</sup>. Trotzdem blieb es ihnen nicht erspart, sich für ihren Einfluss wehren zu müssen, da die Grossmächte anfangen, unter sich Sonderberatungen abzuhalten. So entschloss sich Motta kurz nach der Rapallokrise, den Präsidenten Schanzer anzufragen, weshalb die Einladung zu weiteren Sitzungen ausbleibe<sup>74</sup>. Und tags darauf versammelte er seine fünf neutralen Kollegen bei sich im Hotel Miramare und liess sich den Auftrag geben, zusammen mit Branting dem Präsidium anzukündigen, die Neutralen seien insgesamt bereit, die Konferenzarbeit fortzusetzen. Die Wirkung blieb nicht aus: der unterbrochene reguläre Geschäftsgang wurde wieder aufgenommen.

Zu eigenen Sitzungen traten die neutralen Politiker zweimal in Pegli zusammen. Bei der ersten Zusammenkunft am 25. April berieten sie vor allem ihr Verhalten gegenüber der russischen Forderung nach einer De-iure-Anerkennung der Sowjetrepublik<sup>75</sup>. Wie schon in Bern feststand, war ausser Norwegen keiner der Neutralen dazu bereit, Schweden sehr reserviert, Spanien ausgesprochen oppositionell. (Namens der Schweiz hielt Motta an der Bedingung fest, dass Russland erst einmal alle Schulden und Entschädigungen entrichten solle, für die Zerstörung der Gesandtschaft und sonstigen schweizerischen Eigentums, schätzungsweise 50 Millionen.)

Beim weiteren Treffen am 10. Mai in Pegli stand der englische

---

<sup>73</sup> Vgl. Anm. 15.

<sup>74</sup> 2. Rapport, 20. April. Vgl. Basler Nachrichten, 19. und 20. April, Journal de Genève, 28. April, berichtet über die Anfrage Mottas und Brantings bei Schanzer am 26. April.

<sup>75</sup> 4. Rapport, 27. April.

Entwurf des Nichtangriffspakts im Mittelpunkt. Mehrheitlich verwarfen die Sechs die französische Zusatzklausel. Auch sonst aber kritisierte Motta das Projekt und warf die Fragen auf: Wer sollte schon im Falle eines Angriffs feststellen, wer der Aggressor sei? Wer die Schutzmassnahmen anordnen? Und was für eine Rolle konnte den neuen Bestimmungen gegenüber Artikel 16 des Völkerbundesvertrags zukommen? Er zog die Summe und beantragte, die Resolution zu fassen, dass der Garantiepakt nicht länger dauern solle als bis alle Kontrahenten in den Völkerbund aufgenommen seien<sup>76</sup>. So kamen zwei Prinzipien unbestritten zur Geltung: in der Ablehnung der französischen Klausel der Wille zur Neutralität, in der Limitierung des Nichtangriffspakts die Treue zum Völkerbund. Hier wusste sich Motta auf festem Grund. Und so lässt sich sein Geständnis verstehen, dass ihm, hätte er sich nicht in Bern mit den übrigen Neutralen zusammenfinden und in Genua weiter auf dieser Gemeinschaft aufbauen können, kaum etwas anderes übrig geblieben wäre als politischer Staub, «poussière politique<sup>77</sup>».

Über seine eigene Stellung und Tätigkeit an der Konferenz machte Motta nicht viele Worte. Er fand sich mit seiner Verantwortung meist allein. Gewiss stand Bundesrat Schulthess, der Vorsteher des Wirtschaftsdepartements, an seiner Seite, und er traf sich in der Regel mit ihm am frühen Vormittag zu gegenseitiger Beratung. Ihr Einvernehmen blieb ungetrübt, entgegen den Gerüchten, die in der Schweiz umliefen. Doch ihre Wesenart war, wie Motta selber zugab, im Grunde sehr verschieden<sup>78</sup>. Seine Leidenschaft für Aussenpolitik lag dem Kollegen fern. Nur zur Ausnahme war es Motta vergönnt, sich mit einem gleichgerichteten Landsmann auszusprechen, so mit einem aussenpolitisch überaus kompetenten Journalisten, Redaktor Albert Oeri<sup>79</sup>. Sonst wusste er sich in ein befremdliches Getriebe versetzt. Denn so gewohnt ihm die Arbeitsweise in den Völkerbundssitzungen war, so ungewohnt erschien ihm der Geschäftsgang in Genua. Dort in Genf gab es eine

---

<sup>76</sup> Protokoll-Notizen zur Sitzung in Pegli wie Anm. 69, besonders Schlusscommuniqué. Ähnlich Rüeegg an Dinichert, Genua, 18. Mai, ebenda.

<sup>77</sup> 4. Rapport, 27. April.

<sup>78</sup> 9. Rapport, 8. Mai: «caractères différents».

<sup>79</sup> 9. Rapport, 8. Mai.

gewisse programmatische Reihenfolge und parlamentarische Formen, hier dagegen fand er – Schuld der Italiener? – einen eklatanten Mangel an Organisation und ein verwirrendes Spiel und Gegenspiel, unerwarteten Zusammenprall der angeblichen Freunde, Improvisation und Intrige, tägliche Unruhe und Emotion. Es mochte Motta schon einmal vorkommen, er stehe direkt vor einer Leere. Nach solchen Erfahrungen formulierte er die goldene Regel für einen Kleinstaatsvertreter: «Il faut mesurer chaque geste. La modération est ici un grand devoir<sup>80</sup>.»

Trotz aller Widerwärtigkeiten und Rückschläge gab er es nicht auf, weiterhin zu hoffen. Was geschehen war, schien ihm dennoch ein europäisches Ereignis: «La conférence malgré tout historique<sup>81</sup>.» Nach seiner Rückkehr zog er nach wenig Tagen erstmals eine Bilanz, am 25. Mai vor der Presse<sup>82</sup>. Er berichtete, wie die Wirtschaftskonferenz rasch eminent politischen Charakter angenommen habe und nannte als deren positive, wenn auch bescheidene Ausbeute: erstens, dass es gelungen sei, den Verhandlungsabbruch zwischen West und Ost zu verhüten; zweitens, dass der Völkerbund ungeschmälert geblieben sei. Am 13. Juni legte er dann Rechenschaft ab vor der Bundesversammlung. Aufs Ganze gesehen hielt er sich für berechtigt zu sagen, dass das Ansehen der Schweiz in den letzten Jahren gewachsen sei, so dass sie nicht mehr Gefahr laufe, zum Vasallenstaat herabzusinken; aber je grösser ihr Ansehen, um so mehr sei sie auch verpflichtet, nicht eine Politik des Abseitsstehens, sondern der internationalen Solidarität zu befolgen.

---

<sup>80</sup> 4. Rapport, 27. April. «Impression du vide, de l'incohérence et de la confusion.»

<sup>81</sup> 14. Rapport, 18. Mai.

<sup>82</sup> Basler Nachrichten, 25. Mai, Mottas Bericht in extenso.